

von Weizsäcker, Carl Christian

Research Report

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 66

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: von Weizsäcker, Carl Christian (2000) : Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 66, Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99871>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Argumente zu Marktwirtschaft und Politik

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

Zum Jahresbeginn 2000:
Eine Betrachtung aus dem
Frankfurter Institut

Von C. Christian von Weizsäcker

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Karl Marx, Friedrich Engels, Kommunistisches Manifest (1848)

„Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft“

Tony Blair, Gerhard Schröder, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten (1999)

„Im Kapitalismus geht es um Einnahmen und Ausgaben, im Sozialismus um Einnahmen und Ausnahmen“

Carl Friedrich von Weizsäcker (50er Jahre, mündliche Überlieferung)

Über die Koordination menschlicher Arbeit

Ich beginne mit einer persönlichen Vorbemerkung. Während meines Studiums an der Universität Basel wurde ich von Edgar Salin veranlasst, beinahe gegen meinen Willen gezwungen, mich mit Karl Marx auseinanderzusetzen. Zwar sind die Irrtümer von Marx offensichtlich; aber er lehrte mich doch den Blick für die Interdependenz der gesellschaftlichen Teilsysteme. Er verstand schon vor 150 Jahren, dass mit der „Bourgeoisieepoche“ das eingetreten war, was man heute den „Primat der Wirtschaft“

nennt. Ich fühlte mich durch Marx bestätigt in der Wahl meines Hauptstudienfachs, dem Studium der Ökonomie, denn die Wirtschaft ist der Schlüssel zum Verständnis der Gesellschaft.

Karl Marx sprach von Männern wie Fourier, Saint Simon, Owen verächtlich als den „utopischen Sozialisten“. Er verstand, dass Wünsche zur Verbesserung der Welt nicht

Die Oberhand gewinnt immer der, der die „Moral“ oder die „Gerechtigkeit“ in Anspruch nimmt

schon dadurch realisierbar sind, dass man sie ausspricht. Er verstand, dass es Eigenesetzlichkeiten des gesellschaftlichen Ent-

wicklungsprozesses gibt, deren Missachtung noch so wohlgemeinte Reformvorschläge scheitern lässt.

Seither messe ich Verlautbarungen und Willenskundgebungen aus sozialdemokratischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen Kreisen an diesen Kriterien, die Karl Marx durch die gesamtgesellschaftliche Analyse entwickelt hat. Und wie häufig fällt mir dann das Diktum des philosophischen Inspirators von Marx ein, von Georg Friedrich Wilhelm Hegel, der einmal von der „Altklugheit des Sollens“ gesprochen hat. In Deutschland zumal, aber auch in den anderen Ländern gewinnt immer jener in der Debatte die Oberhand, der „die Moral“, „die Solidarität“, „die Gerechtigkeit“ für seinen Standpunkt in Anspruch nimmt. Häufig sieht man sich veranlasst zu denken: kann man denn die Gleichung $2+2=4$ wirklich abändern in eine Gleichung $2+2=5$, wenn man nur hinreichend lautstark an „die Gerechtigkeit“ appelliert?

Das Schröder-Blair-Papier hebt sich wohlthuend ab von dem Strukturkonservatismus der Gewerkschaften und Kirchen und mancher Parteifreunde der beiden Autoren. Von jenen unseligen und paradoxen Ratschlägen, die sagen: „erhöht die Löhne und die Beschäftigung wird steigen“, „setzt das Rentenalter herab und die Sozialversiche-

rung wird saniert“, „in der sozialen Sicherung spricht nichts für einen Systemwechsel.“ Das Schröder-Blair-Papier sucht den

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

„Dritten Weg“ zwischen den herkömmlichen und gescheiterten Rezepten der Linken und den Rezepten der „Neo-Liberalen“, zwischen planwirtschaftlichem Sozialismus und Kapitalismus. Es sucht den Weg zu einer „Neuen Mitte“, die, als Wählergruppe verstanden, entscheidend ist für den Gewinn der Mehrheit in demokratischen Wahlen.

Das wichtigste Stichwort des Papiers ist das der Flexibilität. Dies ist ein ganz anderes Wort als jenes der Solidarität, das im Zentrum gewerkschaftlicher Programmatik, kirchlicher Sozialworte und so vieler Partei-

Das wichtigste Stichwort des Papiers ist das der Flexibilität

tagsbeschlüsse steht. Blair und Schröder bemühen sich, den Leser zu überzeugen, dass die Forderungen nach Flexibilität und nach Solidarität nicht zueinander im Widerspruch stehen, dass eine „realistische und vorausschauende Politik“ eine solche ist, die weiß, dass die traditionellen Ziele der Sozialdemokratie nur durch Flexibilisierung der Gesellschaft erreicht werden können. Aber Flexibilität ist, wie Marx es vor 150 Jahren unübertroffen gesagt hat, das, was „die Bourgeoisieepoche“ vor anderen Systemen auszeichnet. Gibt es dann diesen „Dritten Weg“ der Flexibilität, der dennoch nicht einfach der des modernen Kapitalismus ist? Wenn es ihn denn gäbe, wenn gezeigt werden könnte, dass es ihn gibt, dann würde wohl keine demokratische Mehrheit in der Welt für den Kapitalismus optieren und alle Länder wären nach den Prinzipien des „Dritten Weges“ gestaltet.

Ehe ich auf die Details des Schröder-Blair-Papiers eingehe, will ich die Bedeutung der Flexibilität für die moderne Gesellschaft diskutieren. Marx hat die völlige Andersartigkeit des modernen Wirtschaftssystems im Vergleich zu allen früheren erkannt. Sein Irrtum lag nur darin, zu glauben, dass dieses neue System instabil sei und schließlich durch die proletarische Revolution überwunden werde. Diese völlige Andersar-

tigkeit der „Bourgeoisieepoche“ beruhte darauf, dass die Bevormundung der Wirtschaft durch den Staat aufgehoben wurde. Was bedeutet dies?

Es gibt zwei große Verfahren der Koordination menschlicher Arbeit, das Verfahren der vertikalen Koordination oder der Unterordnung, sowie das Verfahren der horizontalen Koordination oder der „Selbstorganisation“. Jede entwickelte Gesellschaft bedarf beider Verfahren. Die Gesellschaften unterscheiden sich vor allem dadurch, wo welches der beiden Verfahren eingesetzt wird. Und sie unterscheiden sich insbesondere da-

durch, wie entschieden wird, wo welches Verfahren eingesetzt wird. Das Verfahren über die Zuteilung der Funktionen der beiden Verfahren kann selbst vertikal oder horizontal sein. Ist es vertikal, dann ist die Gesellschaft charakterisiert durch die Dominanz des vertikalen Verfahrens, ist das Zuteilungsverfahren selbst horizontal, dann ist die Gesellschaft charakterisiert durch die Dominanz des horizontalen Verfahrens. Wir können abkürzend von vertikalen Gesellschaften und von horizontalen Gesellschaften sprechen.

Von einigen Handelsrepubliken abgesehen, waren alle traditionellen Gesellschaften vertikale Gesellschaften. Die „Bourgeoisieepoche“ ist eine horizontale Gesellschaft. Das Sowjetsystem war die Rückkehr zu einer vertikalen Gesellschaft. Ich verzichte hier auf eine Darstellung der traditionellen Ge-

nehmen. Aber das einzelne Unternehmen ist als Ort vertikaler Koordination nur „legitimiert“ durch den Wettbewerb im Markt. Nur dann, wenn es sich im Rahmen der dominanten Marktkoordination halten kann, kann es fortexistieren. Das entscheidende Stichwort ist hier „Wettbewerb“. Der Wettbewerb ist der dominante Koordinationsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft. Dieses Wettbewerbsprinzip wird auf die Gesamtgesellschaft übertragen. Die moderne Demokratie ist die Übertragung des Wettbewerbsgedankens auf den staatlichen Bereich. Es geht hier in der öffentlichen Diskussion um den Wettbewerb der Ideen. Es geht bei den Wahlen um den Wettbewerb der Kandidaten und Programme. Man kann zeigen, dass die wettbewerbliche Marktwirtschaft die Voraussetzung der Demokratie ist. Diese kann nur funktionieren, wenn der überwiegende Teil des sozialen und wirtschaftlichen Lebens entpolitisiert ist, die Wirtschaft also marktwirtschaftlich koordiniert wird. Insofern gilt, selbst beim Vorhandensein großer staatlicher Bürokratien, dass die moderne westliche Demokratie eine horizontale Gesellschaft ist.

Das sowjetische System ist nie so weit gekommen, das Geld abzuschaffen. Aber es war die zentrale Wirtschaftsplanung, die das Marktgeschehen – soweit es zugelassen war – dominierte und beschränkte. Von den zentralen Instanzen wurde den Märkten ihre eingeschränkte Funktion zugewiesen. Insofern dominierte im Wirtschafts-geschehen, solange das System einigermaßen intakt war, das vertikale Koordinationsverfahren. Gleiches galt für die Politik. Die Macht war an der Spitze konzentriert und diese stellte sich nicht dem Wettbewerb.

Gibt es einen „Dritten Weg“, der nicht einfach der des modernen Kapitalismus ist?

sellschaften und vergleiche nur die westlich-kapitalistische horizontale Gesellschaft mit der sowjetischen Gesellschaft. In der Marktwirtschaft gibt es die horizontale Koordination über den Markt, es gibt aber auch die vertikale Koordination im Unter-

Die obersten Gremien wurden personell ergänzt durch Kooptation. Die pseudo-demokratischen Wahlen dienten einer formalen Legitimierung, ihnen fehlten aber die wesentlichen Elemente einer echten Auswahl und einer freien öffentlichen Diskussion

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

über die Alternativen. Das vertikale Prinzip dominierte. Jeder wusste, dass es „die da oben“ sind, die bestimmen.

Ein augenfälliger – und der entscheidende – Unterschied zwischen einer horizontalen und einer vertikalen Gesellschaft ist die Dynamik der horizontalen und die Stagnationstendenz in der vertikalen Gesellschaft. Der Unterschied lässt sich darauf zurückführen, dass Veränderung in der vertikalen Gesellschaft immer unter dem Vorbehalt

wichtigste Bedingung dafür, dass Veränderung im Regelfall nicht Rückschritt, sondern Fortschritt bedeutet, ist das Privateigentum und sein effektiver Schutz durch den Rechtsstaat.

Wir können diese Analyse auch so ausdrücken. In jeder Gesellschaft ist jede Nicht-Entscheidung eine implizite Entscheidung zugunsten des Status quo. In der vertikalen Gesellschaft ist die Entscheidungsgewalt hoch-zentralisiert. In der

Jede Nicht-Entscheidung ist eine implizite Entscheidung zugunsten des Status quo

der Zustimmung der Systemspitze steht, während dies in der horizontalen Gesellschaft im Regelfall nicht so ist. Zwar kann auch in der Marktwirtschaft der Staat bestimmte Neuentwicklungen im Marktsektor unterbinden. Aber auch der staatliche, regulierende Rahmen ist nur darauf eingerichtet, bestimmte technisch klar spezifizierte Folgen von Neuerungen zu unterbinden, nicht aber die Neuerung als solche zu verhindern, weil sie unabsehbare Folgen für das Gesamtsystem haben könne.

In der vertikalen Gesellschaft handelt die Spitze der Hierarchiepyramide in der Verantwortung für das Ganze. Sie ist der letzte Schiedsrichter über jede Veränderung, die vorgeschlagen wird, die in ihren möglichen Gesamtfolgen von ihr abgeschätzt wird. Die Beweislast für die gesamtgesellschaftliche Vorteilhaftigkeit der Veränderung hat derjenige, der die Änderung vorschlägt. In der horizontalen Gesellschaft hat die Staatsspitze, hat der Gesetzgeber zwar auch eine Verantwortung für das Ganze, aber doch nur in dem Sinn, dass gegen eine Veränderung vorgegangen werden kann, wenn sehr spezifische, quasi lokale negative Folgen vorgebracht werden können. Die Beweislast für die spezifischen Nachteile der Neuerung haben die Bedenkenträger. Zudem ist der Gesetzgeber dazu da, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Veränderungen im Regelfall überwiegend positive Wirkungen haben. Die

horizontalen Gesellschaft ist die Entscheidungsgewalt auf viele verteilt. Deshalb fallen rein quantitativ in der vertikalen Gesellschaft viel weniger explizite Entscheidungen als in der horizontalen Gesellschaft. Damit fallen aber dort implizit viel mehr Entscheidungen zugunsten des Status quo als hier.

In komplexen Gesellschaften bewirkt eine zentrale Verantwortung für das Ganze ihre Status quo Orientierung. Dynamik erfordert, dass mit der Dezentralisierung der Entscheidungen auch keine Instanz mehr da ist, die für das Ganze verantwortlich ist. Es gibt in ihr keine Veto-Macht gegen Veränderungen im Namen des Ganzen. Ich glaube nachweisen zu können, dass eine Gesellschaft nur dann Dynamik entfalten kann, wenn in ihr darauf verzichtet wird, namens der Gesamtgesellschaft alle Entscheidungen Einzelner auf ihre Gesamtwirkung hin zu überprüfen. Wir stehen vor der Alternative „Dynamik ohne Kenntnis des letztendlichen Ausgangs“ oder „Stagnation mit dem guten Gewissen, alle Konsequenzen von Veränderungen bedacht zu haben.“ Stehen diese beiden Prinzipien im Wettbewerb – wie im Ost-West-Konflikt – dann kann angesichts der Tatsache, dass die Veränderungsorientierung der horizontalen Gesellschaft in der Praxis bisher weit mehr Fortschritt als Rückschritt generiert, nur das horizontale Prinzip den Sieg davontragen.

Nach dieser Analyse ist es fraglich, was der Satz von Schröder und Blair eigentlich bedeuten kann: „Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft“. Gewiss bedeutet unsere Analyse nicht, dass alles Geschehen in der westlichen Welt von den Marktkräften bestimmt wird. Aber die Dynamik und Veränderungsfähigkeit dieser Gesellschaft hängt ganz wesentlich daran, dass die horizontale Koordination dominant ist. Die bei weitem wichtigsten Erscheinungsformen dezentraler Entscheidungsfindung und Entscheidungskoordination sind aber die unternehmerische und individuelle Entscheidung in einem System des wirtschaftlichen Wettbewerbs und die freie wissenschaftliche Betätigung im Rahmen eines wettbewerblich organisierten und sich selbst kontrollierenden Wissenschaftssystems. Wenn aber die Quellen des Fortschritts der Gesellschaft die Marktwirtschaft und die quasi-marktmäßige Wissenschaft sind, dann kann man schlecht daran vorbei, dass diese beiden Formen der Selbstorganisation der Gesamtgesellschaft ihren Stempel aufdrücken. Es ist dann sekundär, ob wir von einer Marktgesellschaft sprechen oder nicht. Im Sinne des Zitats aus dem kommunistischen Manifest ist es sicherlich richtig, von der Marktgesellschaft zu sprechen. Im Sinne des Publikums in den eigenen Parteien, im Sinne dieser heutigen Variante von utopischem Sozialismus, ist es taktisch sicher klug, zu sagen, dass man keine Marktgesellschaft unterstütze.

Über Löhne und die Schaffung von Arbeitsplätzen

Schröder und Blair betonen in ihrem Papier das Erfordernis einer Senkung des Staatsanteils am Sozialprodukt. Den Löwenanteil an den Staatsausgaben (incl. Sozialversicherung) haben die Sozialausgaben. In Deutschland macht das Sozialbudget (incl. bestimmter, sozialpolitisch motivierter steuerlicher Vergünstigungen, die statistisch nicht in der gemessenen Staatsquote enthalten sind) ein Drittel des Bruttosozialprodukts aus. Bei einer Staatsquote von 50

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

Prozent ist somit weit über die Hälfte der Staatsausgaben sozialpolitisch bedingt. Eine Senkung der Staatsquote ist kaum denkbar ohne eine Senkung des Anteils der Sozialausgaben am Sozialprodukt. Dies allerdings wird in dem Papier nicht gesagt. Aber es werden Rezepte genannt, um die Zahl derjenigen Personen zu reduzieren, die auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind. Es wird betont, dass Selbständigkeit, Eigenständigkeit, Unabhängigkeit von staatlichen Geldleistungen gefördert werden müssen. Und man hofft, dass dies nicht gerade wieder mithilfe von staatlichen Programmen geschieht, die Geld kosten. Wenn man allerdings genau hinsieht, dann verkünden beide Autoren mit Stolz, wie sie mithilfe staatlicher Gelder Jugendlichen Arbeitsplätze bzw Ausbildungsplätze verschafft haben.

Dass die Schaffung von Arbeitsplätzen ohne staatliche Subventionierung etwas mit einer Verminderung der Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben zu tun hat, wird klar gesehen und ausgesprochen. Allerdings wird nicht erwähnt, wer dies mit großem Erfolg in der Praxis schon vorgeführt hat: Ronald Reagan und der amerikanische Kongress, die durch ihre große Steuerreform in den achtziger Jahren ganz wesentlich die Fundamente für das amerikanische Beschäftigungswunder der neunziger Jahre ge-

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat auch etwas zu tun mit einer steuerlichen Entlastung der Unternehmen. Auch das wird klar von Blair und Schröder ausgesprochen. Und dementsprechend hat Blair in Fortsetzung der Politik der Konservativen sehr rasch nach seinem Amtsantritt die Unternehmenssteuern weiter gesenkt. In

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat etwas mit steuerlicher Entlastung der Unternehmen zu tun

Deutschland ging die Steuerpolitik, was die Unternehmen betrifft, nach Amtsantritt Schröders erst einmal in die andere Richtung. Indessen kann man hoffen, dass demnächst die Ankündigungen wahr gemacht und auch in Deutschland Unternehmenssteuern reduziert werden.

So wichtig die Entlastung der Arbeit und unternehmerischer Tätigkeit für die Schaffung von mehr Beschäftigung ist, so muss diese zugleich begleitet werden durch mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt. Nirgendwo ist das Schröder-Blair-Programm für größere Flexibilität wichtiger als auf dem Arbeitsmarkt. Das gilt ganz allgemein. Der Arbeitsmarkt, wie jeder Markt, funktioniert am besten, wenn er wettbewerblich organisiert ist. Ein wettbewerblicher Arbeitsmarkt ist der flexibelste Arbeitsmarkt und vermit-

Überangebot zu vermindern, auf Dauer zu eliminieren. Wenn die durch den Wettbewerb induzierte Lohnflexibilität durch staatliche oder gewerkschaftliche Intervention unterbunden wird, wenn ein massiver Kündigungsschutz die Arbeitnehmer mit Stellen immun gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit macht, dann kann der Lohn

als Knappeitsindikator seine Funktion nur schlecht erfüllen, und es kommt auf dem Teilarbeitsmarkt zu einer Perpetuierung des Überangebots, zu Arbeitslosigkeit.

Was für Teilarbeitsmärkte gilt, gilt auch für den Gesamtarbeitsmarkt. Je flexibler der volkswirtschaftliche Durchschnittslohn auf die Beschäftigungslage reagiert, desto höher ist das durchschnittliche volkswirtschaftliche Beschäftigungsvolumen. Das wird sehr schön deutlich gemacht durch den Kontrast zwischen Deutschland und den USA. Es waren gerade Vertreter der Linken, wie z.B. Oskar Lafontaine, die der Deutschen Bundesbank das Vorbild der Federal Reserve und ihres Chairman Alan Greenspan vorhielten. Dieser sei durch seine Politik großzügiger Geldversorgung mit verantwortlich für die hohe Beschäftigung in den USA. Wäre die Bundesbank ähnlich großzügig gewesen, dann hätte es auch in Deutschland wesentlich mehr Beschäftigung gegeben. Diese Darstellung ist aber irreführend, wenn man nicht dazu sagt, weshalb Greenspan großzügiger sein konnte als die Bundesbank. Das lag an den wettbewerblichen Arbeitsmärkten in den USA, die in Deutschland so nicht vorhanden sind. Von Greenspan und Kollegen wird sehr genau beobachtet, wie sich der Durchschnittslohn in den USA im Vergleich zur Produktivität entwickelt. Immer, wenn an der Lohnfront größere Steigerungen als tunlich beobachtet wurden, trat die amerikanische Zentralbank auf die Liquiditätsbremse, damit die Preisstabilität nicht gefährdet würde. Denn Greenspan weiß als erfahrener empirischer Ökonom, dass Lohnsteigerun-

Ein wettbewerblicher Arbeitsmarkt ist der flexibelste Arbeitsmarkt

legt haben. Und Margaret Thatcher, die durch ihre verschiedenen Steuersenkungen und die strikte Sparpolitik nicht nur die Staatsverschuldung stark zurückgeführt, sondern auch den Faktor Arbeit ganz wesentlich entlastet hat. Wie ja überhaupt das Schröder-Blair Papier nicht geschrieben worden wäre, wenn nicht die schlimmen „Neo-Liberalen“ in den angelsächsischen Ländern USA, Großbritannien, Neuseeland, Australien vorgeführt hätten, welche positiven Beschäftigungs- und Wachstumseffekte der Rückzug des Staats aus der Wirtschaft hervorrufen kann.

telt die meiste Arbeit. Die Löhne bilden sich auf ihm nach Angebot und Nachfrage. Bei einem zu hohen Angebot auf einem Teilarbeitsmarkt sinken dort die Löhne. Das führt zu vermehrter Nachfrage seitens der Arbeitgeber und zu einem verminderten Angebot seitens der Arbeitnehmer. Diese versuchen auszuweichen auf andere Arbeitsmärkte durch Bewerbungen in anderen Orten oder gar Regionen und durch den verstärkten Versuch, sich Qualifikationen anzueignen, die im Arbeitsmarkt besser bezahlt sind. Und so trägt der sinkende Lohn auf diesem Teilarbeitsmarkt dazu bei, das

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

gen, die nicht durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden können, von den Unternehmen auf die Preise überwältigt werden. Dass die Lohnsteigerungen trotz geringer Arbeitslosigkeit so gering ausfielen, ermöglichte es der amerikanischen Zentralbank, eine relativ großzügige Geldpolitik zu betreiben. Man stelle sich die Lohnentwicklung in Deutschland bei 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit vor. Die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht wäre enorm hoch. Es käme deshalb, so wie in besseren Arbeitsmarktzeiten in Deutschland gelegentlich geschehen, zu zweistelligen Erhöhungen der Tariflöhne. Die Inflationsrate ginge rasch in die Höhe, und die Zentralbank müsste kräftig auf die Bremse treten. Da der Lohnbildungsprozess bei uns nicht flexibel, sondern verkrustet ist, kann die Zentralbank nicht so großzügig sein wie das Federal Reserve System in den USA. Die hohe Arbeitslosigkeit bei uns ist ein makroökonomisches Gleichgewichtsphänomen. Die verkrusteten Machtstrukturen auf unseren Arbeitsmärkten sind die Ursache dafür, dass ein Kräftegleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erst hergestellt ist, wenn die Arbeitslosigkeit recht hoch ist. Erst dann kommen Löhne heraus, die nicht zu Inflation führen.

Flexible Arbeitsmärkte sind also, ganz im Sinne der Generalforderung von Blair und Schröder nach Flexibilität, die beste Ant-

Kollektivverhandlungen unter der Drohung des Streiks führen kann. Nur wenn schematisiert und pauschaliert wird, wenn unter der Devise „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ quer durchs Land ohne Rücksicht auf lokale Besonderheiten Ecklöhne vereinbart werden, hat die Gewerkschaft die Möglichkeit, ihr kartellistisches Potential auszuspielen, Disziplin unter ihren Mitgliedern

herzustellen, „Solidarität“ in Lohnvorteile umzumünzen und so das Eintreiben von Mitgliedsbeiträgen zu legitimieren. Eine hohe Lohnflexibilität mag makroökonomisch noch so erwünscht sein. Es ist nicht zu erwarten, dass Gewerkschaften sich für diese Ratio des Marktes, des Arbeitsmarktes erwärmen werden.

Stattdessen propagiert Schröder auch in diesem Papier, und Blair hat es mit unterschrieben, ein Bündnis für Arbeit. Es ist dies die kartellistische Antwort auf ein Problem, das erst durch die kartellistischen Verkrustungen geschaffen worden ist. Hier ist nicht der Ort, das Bündnis für Arbeit im einzelnen zu diskutieren. Es fällt schwer, daran zu glauben, dass die Vereinbarungen, die in einem solchen Bündnis zwischen Verbandsfunktionären und Politikern

der Versuch, dort effektiver zum Wohl Dritter zu handeln als die für sich selbst und individuell handeln können. Es muss dies zu einem Abbremsen marktwirtschaftlicher Dynamik führen. Mehr kartellistische Vetoinstanzen werden eingeführt. Das Leben wird weiter bürokratisiert und reglementiert. Man denke zum Beispiel an den bürokratischen Aufwand und die Einengung in-

Individualisierung und Flexibilität sind Gift für die Gewinnung neuer Gewerkschaftsmitglieder

dividuellem und unternehmerischer Handlungsfreiheit, die aus einer Vorschrift resultieren, die Überstunden verbietet, oder – wie seit kurzem in Frankreich – Arbeitszeiten über 35 Stunden untersagt. Und wie leicht kann ein solches Arbeitszeitreglement Komponente eines solchen Bündnisses für Arbeit werden. Wie verträgt sich das mit der Forderung von Schröder und Blair nach Abbau der Bürokratie?

Die zentrale Komponente einer Strategie der Förderung von mehr Flexibilität der Arbeitskräfte ist nach Blair und Schröder die einer Bildungsoffensive. Damit wird man fast im gesamten politischen Spektrum, besonders aber auf der Linken, auf Zustimmung stoßen. Was aber soll das konkret heißen? Mehr staatliches Geld für Bildung? Das stößt sich schon an der weiter unten noch zu besprechenden geforderten Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte. Also höhere Effizienz der heute schon eingesetzten Mittel. Nun ist an den Schulen und Hochschulen, an den staatlichen Weiterbildungsinstitutionen schon immer herumreformiert worden. Vor fast 40 Jahren erfasste den Bildungssektor eine eigentliche Aufbruchsstimmung. In beiden Ländern, aber auch in den meisten anderen Ländern, wurden viele neue Hochschulen gegründet, wurden zahlreiche neue Bildungsgänge ins Leben gerufen. Schon damals erschallte lautstark der Ruf nach dem „Life-long-learning“, der auch im Schröder-Blair-Papier ganz im Zentrum steht. All diese Bildungsanstrengungen haben nicht verhindern können, dass in Deutschland die Ar-

Das Bündnis für Arbeit: kartellistische Antwort auf Probleme aus kartellistischen Verkrustungen

wort auf die Herausforderung unzureichender Beschäftigung. Aber natürlich steht dies so nicht im Papier zweier sozialdemokratischer Politiker, die im politischen Dauerbündnis mit den Gewerkschaften stehen. Denn Gewerkschaften können nur Mitglieder gewinnen, wenn ein Arbeitsmarkt vorhanden ist, in dem nicht alles individualisiert und flexibel ist. Die Kartellierung und dadurch die Bündelung der Verhandlungsmacht von Arbeitnehmern kann ja nur gelingen, wenn die Löhne von breit verbindlichen Eck-Größen abhängen, über die man

vormundschaftlich im Namen Dritter getroffen werden, dazu führen sollen, Eigeninitiative und Flexibilität zu fördern. Sollten die Gewerkschaften in einem solchen Bündnis versprechen, ihre mit steigender Beschäftigung steigende Macht bei den Lohnverhandlungen nicht auszuspielen, dann entsteht die Frage: was ist die Gegenleistung der Politik? Gesetzesänderungen, die mehr oder die weniger Flexibilität in den Arbeitsmarkt tragen? Der Versuch, in der Marktwirtschaft Entscheidungen verbändestaatlich zu zentralisieren und zu überprüfen, ist

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

beitslosigkeit seit drei Jahrzehnten fast kontinuierlich gestiegen ist.

Gerade in Deutschland bemühen sich viele junge Menschen um eine gute Ausbildung. An den Hochschulen beobachten wir gleichbleibend überlange Studienzeiten. Die Studenten lernen viel, von dem sie dann aber wieder vieles in der Praxis nicht brauchen können. In gewisser Weise sind viele

Von staatlichen Bildungseinrichtungen ist keine Flexibilität zu erwarten

Menschen durch ihre lange Verweildauer auf den Hochschulen überqualifiziert und praxisuntauglich geworden. Die Knappheit der Arbeitsplätze führt zu einem unnötigen Qualifizierungswettbewerb. Da die Löhne nicht flexibel sinken können, muss bei diesem Überangebot die – vermeintliche – Qualität durch Diplome und gute Noten nachgewiesen werden, um den Konkurrenten auszustechen. So sinkt die Lebenszeit, die am Arbeitsplatz zugebracht wird. Dafür dehnt sich die Zeit aus, in der man – teilweise auf Kosten des Staats – sich aus- und weiterbildet.

Subkutan hat sich aber mittels der modernen Informationstechnologie, insbesondere in den allerletzten Jahren mittels des Internet, eine neue Flexibilität des Wissens und der Kenntnisse entwickelt, die für die berufliche Praxis sehr gut brauchbar ist. Der Beitrag der staatlichen Bildungspolitik hierzu war Null; eigentlich war er sogar negativ, denn das staatliche Bildungssystem stahl den jungen Leuten oft die Zeit, sich über das Internet praxisrelevante Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen. Heute sind vielfach auf dem Arbeitsmarkt Fähigkeiten gefragt, die den Umgang mit der Informationstechnologie betreffen. Diese werden von den staatlichen Einrichtungen nur sehr unzureichend vermittelt.

Flexibilität ist auch hier das Schlüsselwort. Die staatlichen Bildungseinrichtungen mögen viele gute Eigenschaften haben, eine haben sie gewiss nicht, die der Flexibilität.

Es ist schwer vorstellbar, dass etwas noch schwerfälliger ist und noch umständlicher zu ändern geht als das staatliche Bildungssystem. Die Antwort liegt auf der Hand: weitgehende Privatisierung des Bildungssystems. Wenn das Bildungssystem, so wie privatwirtschaftliche Branchen auch, durch den wirtschaftlichen Wettbewerb, durch Kosten- und Qualitätswettbewerb gelenkt würde, dann könnte sich in der Tat ein fle-

xibles, auf die Kundenbedürfnisse der Auszubildenden reagierendes Bildungswesen entwickeln.

Nun wird gegen die Flexibilisierung durch Privatisierung vielfach eingewandt, es sei unsozial, von den Nutznießern den Kauf der Leistungen zu erwarten, die sie bisher umsonst vom Staat erhalten haben. Dieser Standpunkt aber, so scheint mir, ist Ausdruck einer extremen geistigen Unbeweglichkeit. Es ist dies die Philosophie der „Daseinsvorsorge“. Dieser Begriff ist so alt wie ich, Jahrgang 1938, publiziert mitten in der Zeit des Nationalsozialismus, als das Kollektiv alles und das Individuum nichts galt. Diese Philosophie geht noch davon aus, dass das, was der Staat einmal zu Recht in die Hand genommen hat, immer in der Hand des Staates bleiben muss, und dass die Rolle des Staates ständig wächst. Vor hundertzwanzig Jahren, an der Schwelle des Zeitalters des Interventionsstaates, hat Adolf Wagner das Gesetz der zunehmenden Staatstätigkeit formuliert. Und etwas später fiel der Ausspruch Mussolinis: „Wir waren die ersten, die erklärt haben, dass die Freiheit des Individuums um so mehr beschränkt werden muss, je komplizierter die Zivilisation wird.“

Diese Philosophie vergisst die evolutorische Kraft des Marktsystems. Sie vergisst die Erkenntnis, dass es eben heute, in einer wesentlich großräumigeren Welt, Märkte und Markttechniken für Problemlösungen gibt, die es früher noch nicht gegeben hat.

Ich will gerne zugeben, dass der Staat früher die Führungsrolle im Bildungswesen übernehmen musste. In einer noch überwiegend agrarisch geprägten Welt ohne zureichende Transport- und Telekommunikationsinfrastruktur, konnte man nicht erwarten, dass die Dorfschule durch die spontane Marktordnung entstanden wäre. Damals war die Alternative: ein staatliches Bildungswesen oder gar keines. Aber diese Alternative stellt sich heute nicht mehr. Heute sind die Alternativen viel reichhaltiger. Insbesondere aber sollte es mit den heute verfügbaren Sozialtechniken möglich sein, die Flexibilitätsvorteile des Marktes zu verbinden mit einem System staatlicher Garantien dafür, dass jedermann in hinreichendem Ausmaß an dem Bildungssystem partizipieren kann. Ich erinnere als Beispiel nur an den Vorschlag von Milton Friedman aus den fünfziger Jahren, staatliche Kreditgarantien für Studenten zu geben, sodass jeder sein Studium finanzieren kann. Aber die Regierung Schröder tut das Gegenteil: sie will bundesweit (ihr seid mir schöne Föderalisten!) Gebühren an staatlichen Hochschulen verbieten. Im Namen der sozialen Gerechtigkeit soll die überlegene Lenkungs-kraft des Marktes für einen der wichtigsten Sektoren unserer Gesellschaft ungenutzt bleiben. Kein Wunder, dass in Blairs Großbritannien sich der Hochschul-sektor zu einem Exportschlager für die internationale Kundschaft entwickelt. Wievielen meiner Studenten habe ich nicht schon geraten, ihr Studium in den USA oder in England fortzusetzen.

Die Rolle des internationalen Kapitalmarkts

Vor kurzem trafen sich sozialdemokratische Regierungschefs der Welt in Florenz. Schröder und Blair waren dabei, es fehlten aber auch nicht Bill Clinton, Romano Prodi und Fernando Cardoso. Jeder kennt Bill Clinton. Er präsierte in den USA einer Verwandlung eines hohen bundestaatlichen Budgetdefizits in einen hohen Haushalts-

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

überschuss. Bedeutsamer noch im Sinne der von Blair und Schröder geforderten Solidität der Staatsfinanzen war die Anwesenheit und die Rede des brasilianischen Staatspräsidenten Cardoso. Hier sprach ein Intellektueller, ein Mann nicht nur der Tat, sondern der Reflexion, der Wissenschaft. Ein Mann, der von den Generälen in den siebziger Jahren ins Exil getrieben wurde, ein Mann der Linken. Nach den Zeitungsberichten war es Cardoso, der von den heilsamen Zwängen der globalisierten Finanzmärkte sprach. „Kein Land könne es

was in den letzten Jahren die verheerende Kurzfrist-Orientierung der demokratischen Politik gebremst hat, dann der Druck der internationalen Kapitalmärkte. Die Kapitalanleger halten sich Experten, die ihre Zeit damit zubringen, die relative Solidität der staatlichen Finanzen und der nationalen Geldpolitik international zu vergleichen. Auf diese Weise gibt es eine neue Rechenschaftspflicht der nationalen Politiken gegenüber der Anleger-Welt, die besser informiert ist als der Wähler, die im Sinne der privaten Vorsorge langfristiger denkt als die

und dann noch eine, die von einer unabhängigen Zentralbank verwaltet wird, dann wegen des Drucks der internationalen Kapitalmärkte. Ihnen haben wir ganz wesentlich diesen wichtigen Schritt europäischer Integration zu verdanken.

Gerhard Schröder wird in seiner jetzigen Amtsperiode ganz wesentlich am Erfolg des Euro gemessen werden. Wenn er sich gegen den innerparteilichen Druck auf Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder der Veranstaltung anderer populistischer Steuerexperimente stemmt, dann vor allem deshalb, weil er weiß, dass solche Maßnahmen den Euro unter die Parität mit dem Dollar treiben müsste und dass dies die Europäische Zentralbank zur Erhöhung der Zinsen zwingen würde, zulasten der Konjunktur im Euro-Raum, damit zulasten der Staatseinnahmen aus der Umsatz- und Einkommenssteuer und zulasten der Zinsaufwendungen der hochverschuldeten öffentlichen Hand. Schröder weiß, dass von daher der fiskalische Gesamteffekt einer Vermögenssteuer negativ wäre. Der Staat hätte mit der Vermögenssteuer weniger und nicht mehr Einnahmen als ohne diese. Und der Staat hätte mit einer Vermögenssteuer mehr Zins-Ausgaben als ohne diese.

Nun suchen Schröder und Blair bei ihrem Plädoyer für Flexibilität den Anschluss an die traditionellen sozialdemokratischen Werte. Sie drücken dies aus durch die Formel vom Dritten Weg oder der Neuen Mitte. Wenige Monate nach dem Schröder-Blair-Papier erlebt Deutschland den Ver-

Internationale Kapitalmärkte erzwingen eine größere Rationalität staatlicher Haushaltspolitik

sich heute leisten, nach Regeln zu leben, die nicht von der 'neuen Wirtschaft' gebilligt würden; es sei unmöglich, Inflation zu tolerieren; es sei unmöglich, die Ineffizienz öffentlicher Einrichtungen und staatlicher Dienstleistungen zu akzeptieren; und es sei unmöglich, eine Politik zu betreiben, welche sich nicht an einer strengen Haushaltsdisziplin orientiere und sich nicht den Haushaltsausgleich zum Ziel setze. ...der Versuch, sich außerhalb zu stellen und sich vor den Kräften der Globalisierung abzuschotten, führt zu Stagnation, Verkrustung und Wohlstandsverlusten.“ (FAZ vom 23.11.99).

Schröder und Blair versuchen ihre Parteifreunde davon zu überzeugen, dass die traditionell sozialdemokratischen, pseudo-keynesianischen Rezepte des „deficit spending“ in unsere Zeit nicht mehr passen. Wenn wir nach den Ursachen dieses sozialdemokratischen Gesinnungswandels fragen, dann gibt Cardoso die richtige Antwort: die offenen internationalen Kapitalmärkte. So wie ein privates Unternehmen seine Kreditfähigkeit durch sparsame Wirtschaftsführung, durch rationale Strategie, also durch Rationalisierung erhalten muss, so erzwingen heute die internationalen Kapitalmärkte eine größere Rationalität staatlicher Haushaltspolitik, den Abschied vom unsoliden, inflatorischen Strohfeuer-Populismus staatlicher Defizite. Wenn irgendet-

wechselnden Stimmungen unterworfenen, nicht sachverständigen Wählerschaft.

Die internationalen Kapitalmärkte haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten für Europa das Prinzip der unabhängigen Zentralbank durchgesetzt. Ein Land, in dem die jeweilige Regierung über die Geldpolitik für ihre jeweiligen tagespolitischen Zwecke verfügen konnte, galt bei den Anlegern – mit Recht – als stärker inflationsgefährdet als ein Land mit einer unabhängigen Zentralbank, deren Hauptaufgabe die Geldwertstabilität ist. Deshalb wurden Länder mit einer unabhängigen Zentralbank bei gleichem Zinssatz als Schuldner vorgezogen, oder, was dasselbe ist, sie konnten Kapital zu einem niedrigeren Zinssatz erhalten als Länder mit einer von der Regierung abhängigen Zentralbank. Diese Belohnung geld-

Der fiskalische Gesamteffekt einer Vermögenssteuer wäre negativ

politischer Solidität im internationalen Wettbewerb um Kapital schuf bei den Politikern den Anreiz, sich der Manipulationsmöglichkeiten der Geldpolitik zu begeben. Wenn wir heute im Gefolge dieser Entwicklung in Europa Preisstabilität haben, dann als Resultat der Liberalisierung der Kapitalmärkte in den achtziger Jahren. Wenn wir heute eine europäische Währung haben,

such einer „feindlichen“ Übernahme eines deutschen Traditionsunternehmens durch ein noch relativ junges britisch-amerikanisches Unternehmen. Es wird in der Öffentlichkeit dieser Vorgang als Testfall dafür gesehen, ob wir in Deutschland auf dem Wege vom „rheinischen Kapitalismus“ zum „angelsächsischen Kapitalismus“ sind. Dieser wird gesehen als getrieben vom Gedan-

Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft: Gedanken anlässlich des Schröder-Blair-Papiers

ken des Shareholder Value. Jener entspricht mehr dem, was Blair selbst als das Stakeholder-Prinzip auch in Großbritannien als Teil des Dritten Weges einführen will. Eigentlich müsste Blair nach seinen theoretischen Vorstellungen sich gegen diese „feindliche“ Übernahme stemmen. Das tut er aber nicht. Er ist weise genug, um zu wissen, dass der Finanzplatz London Schaden nehmen würde, wenn er versuchen würde, Vodafone daran zu hindern, den Mannesmann-Aktionären ein verlockendes, ein sehr freundliches Angebot zu machen. Die freie Entscheidung des Eigentümers

City in London gibt es keinen anderen, geschweige denn einen „dritten“ Weg.

Wenn nun Schröder sich dieser Logik des internationalen Kapitalmarkts widersetzt, dann kann er zuhause sicher Punkte sammeln, indem er gegen „feindliche“ Übernahmen wettet. Aber auch hier muss er gewärtigen, dass dies nicht zum Flexibilitätsimage Deutschland auf den internationalen Märkten beiträgt. Auch hier muss er sich fragen, wie attraktiv der Kauf von Aktien deutscher Unternehmen ist, wenn diese nicht frei an einen Übernehmer weiterver-

großer Verzögerung verstanden und honoriert wird. Dies hatte früher allerdings schon Margret Thatcher vorgemacht.

Die freien internationalen Kapitalmärkte als Agenten der Veränderung, der Überwindung des Status quo sind allerdings nicht genau der Inbegriff des Dritten Weges. Sie entsprechen sehr viel mehr dem, was Karl Marx zuerst „Bourgeoisiepoche“, später dann „Kapitalismus“ genannt hat: „Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.“ Ist dies nicht der Inbegriff von Flexibilität?

Der internationale Kapitalmarkt ist der wichtigste Bundesgenosse für mehr Flexibilität

darüber, ob er sein Eigentum behalten oder verkaufen will, ist eine der wesentlichen Komponenten einer effizienten Marktwirtschaft. Und ihre Garantie ist auch eine der Grundlagen für das Florieren des Finanzplatzes London.

Ich glaube nicht, dass es möglich ist, die Vorteile an Flexibilität, die ein internationaler Kapitalmarkt bringt, zu erhalten, wenn man versucht, die ihm entsprechenden Eigengesetzlichkeiten zu missachten. Zu den Eigengesetzlichkeiten des internationalen Kapitalmarktes gehört aber heute das Shareholder-Value-Prinzip. Dieses ist Ausfluss der Professionalisierung bei den Anlageentscheidungen der Vermögensbesitzer. Die Frage, welche Aktien man kauft, wird heute nicht mehr von einem Feierabend-Kupon-Schneider amateurhaft beantwortet, sondern zunehmend auf die Profis großer institutioneller Anleger übertragen, z.B. großer Pensionsfonds. Diese aber werden von ihrer Kundschaft gemessen an der Rendite, die sie erwirtschaften. Die Maximierung der Anlagerendite entspricht einfach dem Wettbewerb der professionellen Anleger-Unternehmen um Kundschaft bei den Vermögensbesitzern. Es gibt hier für einen Finanzplatz wie London keinen Umweg um das Shareholder-Value-Prinzip. Für die

kauft werden können. Er muss sich fragen lassen, wieviel teurer die Eigenkapitalaufnahme für deutsche Unternehmen im Vergleich zu ihrer ausländischen Konkurrenz ist, wenn die Managerschichten der Deutschland AG eine Vetomacht bei Übernahmen bekommen, die die entsprechenden Manager im Ausland nicht haben. Er muss sich fragen lassen, ob er wirklich den wichtigsten Bundesgenossen für mehr Flexibilität in Deutschland, den internationalen Kapitalmarkt, brüskieren will.

Fazit

Schröder und Blair plädieren für mehr Flexibilität. Die angelsächsische Welt, aber auch das neue Brasilien unter Präsident Cardoso, Italien unter Berlusconi und später Romano Prodi, all diese Länder haben bewiesen, wie viel man durch mehr Flexibilität gewinnen kann. Cardoso und Prodi haben erneut gezeigt, wie man sich die internationalen Kapitalmärkte zu Bundesgenossen machen kann, wenn man entschlossen gegen die altetablierten Interessen an Schlendrian und Korruption vorgeht, auch wenn dies von der Bevölkerung erst mit

Die Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ greift aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen auf. Sie erscheint in loser Folge.

Diese Ausgabe wurde ermöglicht durch freundliche Unterstützung der informedia-Stiftung, Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln.

Impressum

Herausgeber: Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Kisseleffstraße 10, 61348 Bad Homburg

Tel. 06172 - 664 70
Fax 06172 - 222 92

e-mail Institut@Frankfurter-Institut.de
Internet <http://www.Frankfurter-Institut.de>

Vorstand
Gert Dahlmanns

Vorsitzender des Stiftungsrates
Klaus Schweickart

Wissenschaftlicher Beirat
Kronberger Kreis
